

Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine demokratische und solidarische Gesellschaft

Internationaler Aktionstag, 28. März 2009



Aufruf

Die schwerste Krise des Kapitalismus seit 1929 betrifft uns alle: massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, verlorene Häuser und Geldanlagen, teure Energie und Lebensmittel. Weltweit verlieren Menschen ihre Existenzgrundlagen und Lebensperspektiven. Die Regierungen, die die Krise durch die Entfesselung der Finanzmärkte wesentlich zu verantworten haben, retten jedoch vorrangig die Banken und die Reichen – mit unseren Steuergeldern. Dagegen wehren wir uns!

Nur wenn sich viele Menschen solidarisieren und gemeinsam agieren, wird sich etwas ändern! Beim Weltsozialforum Ende Jänner in Belém/Brasilien wurde zu einem globalen Aktionstag anlässlich der Weltfinanzkonferenz am 2. April in London aufgerufen. Der weltweite Protesttag richtet sich gegen das gegenwärtige Wirtschaftssystem, das auf Gewinnmaximierung, Konkurrenzkampf, unfairem Handel und Ausbeutung der Ressourcen beruht. Die Herrschenden der Welt wollen an diesem System nichts ändern. Der Weltfinanzgipfel der zwanzig mächtigsten Nationen (G20) setzt auf alte Strukturen und Machtverhältnisse. Während die Banken mit Milliarden übergossen werden, wird bei der Allgemeinheit umso kräftiger gespart. Die Konjunkturpakete leiten Steuergeld in die falschen Bereiche und an die Verursacher der Krise. Das erfüllt die Bevölkerung – in Verbindung mit jahrelanger neoliberaler Politik und Umverteilung von unten nach oben – zu Recht mit Wut.

Wir fordern daher:

- Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte
- Breiter Prozess bei der globalen Finanzkonferenz: Alle Staaten, Parlamente und VertreterInnen der Zivilgesellschaft an einen Tisch! Strenge Regulierung aller Akteure und Produkte, gemeinwohlschädigende Geschäfte müssen verboten, Steueroasen geschlossen, Bankgeheimnisse gelüftet werden.
- Sozial- statt Bankenpaket
- Kein Steuergeld in Fässer ohne Boden. Sozialisierung bzw. Demokratisierung statt Subventionierung der Banken. Sozialer Schutzschirm für Erwerbslose, Beschäftigte und RentnerInnen u. a. durch Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht, Ausbau der sozialen Infrastruktur, höheres Arbeitslosengeld und repressionsfreie Grundsicherung.
- Die Verursacher und Profiteure müssen zahlen
- Finanzierung aller Krisenkosten mit Transaktions- und progressiven Vermögenssteuern. Die Verluste dürfen nicht sozialisiert werden. Die Krise darf nicht auf die Menschen des globalen Südens und die Natur abgewälzt werden.
- Ökologischer und sozialer Umbau der Wirtschaft
- Steuergelder müssen in den ökologischen Umbau der Wirtschaft und in demokratische Güter wie Bildung, Pflege, Gesundheit, öffentlicher Verkehr fließen statt in Autofirmen und Unternehmen, die soziale und ökologische Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen.

- Systemwechsel – für eine solidarische Gesellschaft und Ökonomie!
- Wir fordern eine alternative Form des Wirtschaftens, die auf den Säulen demokratische Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und globale Solidarität aufbaut. Entschuldung, gerechter Handel, regionaleres Wirtschaften, kooperative Betriebe, öffentliche Güter und die gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern müssen Elemente dieser Alternative sein.

Wir laden alle Menschen ein, sich dem öffentlichen Protest anzuschließen!